



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB
Landesverband Rheinland-Pfalz



Online - Express

Newsletter der DPoIG

Ausgabe 08/2019 vom 16.12.2019

DPoIG Rheinland-Pfalz im Gespräch mit der CDU-Landtagsfraktion

Am Donnerstag, 12.12.19 trafen sich im Abgeordnetenhaus in Mainz Vertreter der DPoIG mit Vertretern der CDU-Landtagsfraktion. Die CDU wurde von Dirk Herber (MdL), Matthias Lammert (MdL) und Herrn Mathias Range (wissenschaftlicher Referent) vertreten. Für die DPoIG nahmen der Landesvorsitzende Thomas Meyer und der stellvertretende Landesvorsitzende Patrick Müller teil.

Neben weiteren Themen ging es insbesondere um:

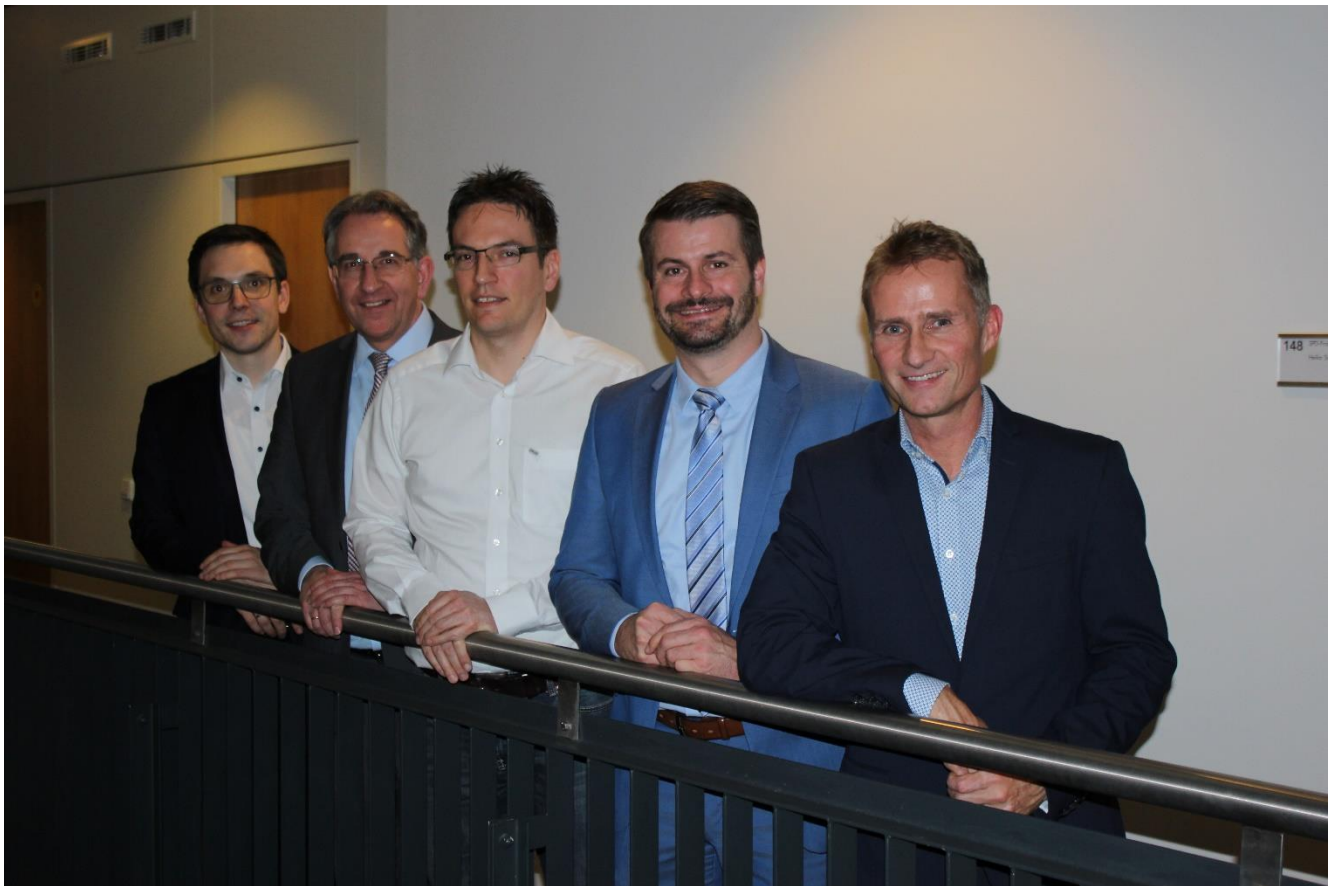
- Die Erhöhung und Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage
- Freie Heilfürsorge/Heilfürsorge
- Der Kommunale Vollzugsdienst
- Ausrüstung des Polizeieinzeldienstes mit Einsatzhelmen
- Die Bindung von Kräften des PP ELT im Zusammenhang mit Abschiebungen
- Generelle Entlastung der Polizei von Aufgaben
- Die Situation bei der Polizeihubschrauberstaffel und der Wasserschutzpolizei

Die Vertreter der CDU betonten bei den ersten beiden Themen, dass sie einer Erhöhung und Dynamisierung sowie der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage offen gegenüberstehen. Ebenso der Einführung einer Heilfürsorge. Man müsse jedoch zunächst im Hinblick auf den kommenden Einzelhaushalt sorgfältig prüfen, wo die Prioritäten liegen. Außerdem sei man aktuell die Antwort der Landesregierung eine Große Anfrage der CDU zum Thema Zulagenwesen auszuwerten.

Der Landesvorsitzende äußerte in Richtung Parlament wenig Verständnis dafür, dass es u.a. ein Jahrzehnt dauert, bis dort über das Thema Heilfürsorge entschieden wird, die Besoldungspolitik des Landes durch das Bundesverfassungsgericht gekippt wird und nun

aus kleinen Paketen ein großes Finanzpaket geworden ist und der Finanzbedarf auf einmal zu groß wird. Zum Leidwesen aller Beschäftigten in der Polizei.

Zum Thema Berufsbild des Kommunalen Vollzugsdienstes waren sich die Vertreter der CDU und der DPolG einig, dass die Ausbildungsdauer erheblich verlängert werden muss. Herr Lammert begrüßte es, dass einige Kommunen ihre Mitarbeiter des KVD mit JPX Pfefferpistolen ausrüsten würden. Einigkeit herrschte darüber, dass der KVD mit dem Behördenfunk ausgerüstet werden sollte. Generell sieht die CDU die Notwendigkeit einer Stärkung des KVD. Die im POG den Kommunen zugewiesenen Aufgaben, die Polizei von polizeifremden Aufgaben wie Ruhestörungen, Einweisungen nach dem PsychKG usw. zu entlasten, können sonst nicht wahrgenommen werden.



Patrick Müller wies daraufhin, dass in den letzten Jahren an die neuen Kollegen*innen keine persönlichen Einsatzhelme mehr ausgegeben wurden. Nur noch die MEG und die Kräfte der Bereitschaftspolizei hätten noch welche. Wenn solche Kräfte nicht ausreichend zur Verfügung stünden, müssten Einzeldienstbeamte ohne Helme in den Einsatz. Man war sich darüber einig, dass zumindest auf jeder Dienststelle ein Pool von Einsatzhelmen vorhanden sein sollte. Herr Lammert favorisierte aber, dass jeder der betroffenen Beamtinnen und Beamte einen eigenen Helm haben sollte.

Thomas Meyer erklärte, dass beim PP ELT täglich über 30 Beamtinnen und Beamte nur mit Abschiebemaßnahmen beschäftigt seien. In Nordrhein-Westfalen werden diese Maßnahmen von der Bundespolizei sowie des kommunalen Zentralen Abschiebedienstes und eben nicht von der Landespolizei durchgeführt.

Zur generellen Entlastung der Polizei wies Patrick Müller daraufhin, dass sich die Anzahl der Fahrerermittlungen nach Geschwindigkeitsverstößen in den letzten Jahren deutlich erhöht habe. Seiner Meinung nach müssten die Ermittlungen nicht unbedingt von Polizeibeamtinnen und Beamten durchgeführt werden.

Beim Thema Hubschrauberstaffel wies Thomas Meyer (er ist Hubschrauberpilot) daraufhin, dass Rheinland-Pfalz drei Hubschrauber vom gleichen Typ benötigen würde. Haushaltlich sei dies ein einmaliger Kraftakt, der sich aber für kommende Haushalte bei den laufenden Kosten rechnet. Dieser Ansicht schlossen sich die Vertreter der CDU an.

Im gleichen Atemzug richtete man den Blick auf die Wasserschutzpolizei im PP ELT. Das Durchschnittsalter der Flotte liegt mit 27 Jahren viermal so hoch wie das der hessischen Kollegen. Ähnlich wie beim bundesweiten Brückenproblem wurde auch hier über Jahrzehnte nicht ausreichend investiert, so dass in der Konsequenz nun kein Geld vorhanden ist, um diesen Zustand schnell zu beheben.

Es war ein gutes, über 90- minütiges Gespräch und man will weiterhin im regen Austausch bleiben.

DPoIG: **DIE** Polizeigewerkschaft.

Hol Dir die DPoIG/JUNGE POLIZEI - Smartphone-App!



Impressum

Deutsche Polizeigewerkschaft Rheinland Pfalz im DBB (DPoIG), Adam-Karrillon-Straße 62, 55118 Mainz,
Telefon 06131-234488, post@dpolg-rlp.de, www.dpolg-rlp.de
V.i.S.d.P.: Landesgeschäftsführer Wolfgang Faber